

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

### Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulpfektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindevorstände des Bezirks.



### Anzeigeblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.  
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Illustriertes Sonntagsblatt.

Er erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Preis beträgt in einschließlicher der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1 Mk., halbjährlich 1 Mk. 80 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 67 Pfg., vierteljährlich 1 Mk. 10 Pfg., halbjährlich 1 Mk. 22 Pfg., durch die Post frei ins Haus vierteljährlich 2 Mk. 22 Pfg.

Bestellungen werden angenommen in der Geschäftsstelle Altmarkt 15, sowie bei den Zeitungsboten in Stadt und Land, ebenso auch bei allen Postanstalten.  
— Nummer der Zeitungsliste 6887. —  
Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. No. 25) oder deren Raum 18 Pfg., 4-spaltige 12 Pfg., 3-spaltige 10 Pfg., 2-spaltige 8 Pfg., 1-spaltige 6 Pfg. die 3-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 6-spaltige Zeile 40 Pfg. — Beilagen: Das Kaufmännische, Erfüllungsort Bischofswerda.

## Ein englisches Flaggschiff untergegangen.

London, 28. April. (B. I. S.) Die Admiralität teilt mit, daß das Flaggschiff „Russell“, das die Flotte des Konvaleszenten Kommandos führte, im Mittelmeer auf eine Mine getroffen und gesunken ist. 124 Mann werden vermißt, 675 wurden gerettet.

Das Flaggschiff „Russell“ maß 14 220 Tonnen und war 104,4 Meter lang, 15,2 Meter breit und 7,6 Meter hoch. Es war mit 12 000 Kanonen bewaffnet und hatte vier Torpedoschiffe. Seine Geschwindigkeit betrug 19 1/2 Knoten.

### Der Erfolg des Flottenangriffs auf die englische Ostküste.

Rotterdam, 29. April. (Privat.) Über den Angriff auf Lowestoft berichtet die „Times“, daß im Norden der Nordsee zwei große Teile durch Granaten in Brand gerieten; im südlichen Teil seien über 30 Häuser ausgebrannt oder zerstört. Im Ganzen seien 240 Häuser beschädigt. Die Deutschen seien durch ihre Zeppele der englischen Marine gegenüber, welche diese Hilfsmittel nicht habe, überlegen.

Bern, 28. April. (B. I. S.) „Journal de Geneve“ schreibt in Würdigung des deutschen Vortages gegen Ostengland: Das Bombardement der englischen Häfen Lowestoft und Plymouth durch deutsche Schiffe beweist, daß die deutsche Flotte keineswegs darauf verzichtete, auf die hohe See hinauszuwachen. Deutsche Kreuzer hörten niemals auf, die britischen Gewässer auszukundschaften. Es wurde sogar ein englisches Tauchboot versenkt, dazu vervielfachen die Zeppele ihre Streifen über England.

### Die „schwarze Woche“ für England.

Frankzösische Blätter haben die vergangene Woche als eine schwarze Woche für England bezeichnet. Der Angriff der deutschen Flotte wird in Paris trotz der abgewanderten englischen Darstellung als ein großer deutscher Erfolg betrachtet. Die ausländische Bewegung in Irland erscheint den Bundesgenossen Englands auch deshalb außerordentlich bedenklich, weil die Wahrscheinlichkeit, daß endlich die von Humbert und Clemenceau offen, von allen anderen Franzosen aber wohl nicht minder dringend verlangten namhaften englischen Streitkräfte zur Entlastung der französischen Front erscheinen, durch die Ereignisse in Irland noch viel geringer wird, als sie schon vorher war. Dazu kommt nun noch die überraschende Meldung von der Zurückziehung des Wehrpflichtgesetzes, zu der sich Asquith infolge der scharfen Kritik, die es fand, also wohl aus Befürchtung, daß für dieses Gesetz im Unterhause keine Mehrheit vorhanden sei, gestern veranlaßt sah. Es ist schwer verständlich, warum man dieses Gesetz über das man in drei langen geheimen Sitzungen ausführlich verhandelt hatte, dessen parlamentarischen Schicksal also doch auf Grund dieser Verhandlungen leicht voraussehen war, überhaupt noch in öffentlicher Sitzung einbrachte und nicht schon nach dem Ende der geheimen Sitzungen das tat, wozu sich Asquith erst in letzter Stunde entschloß. Die Möglichkeit dieses Entschlusses ist nur durch die inzwischen bekannt gewordenen Ereignisse in Irland zu erklären.

Jedenfalls aber erhöht die durch diesen Vorgang geschaffene Lage die Schwierigkeiten, in denen sich die englische Regierung befindet. Die schwarze Woche wird durch ein noch schwarzeres Wochenende abgeschlossen werden. Die englische Arbeiterschaft will zum Teil von der allgemeinen Wehrpflicht, und wie wir vorgestern darlegten, bildet sie den schlecht verborgenen Kern des Gesetzes, überhaupt nichts wissen. Zum Teil aber verweist sie das durch das Gesetz beabsichtigte Übergangsstadium, das der Willkür der Ausübungsbürokraten alle freien Spielraum läßt. Der Regie-

rung ist es gelungen, sich beide Parteien zu Feinden zu machen. Angesichts des irischen Aufstandes, der nach den heute eingetroffenen Nachrichten und nach den Erklärungen, die Asquith im Parlament abgab, einen noch viel bedenklicheren Charakter hat, als man den ersten Meldungen entnehmen mußte, ist es der Regierung offenbar ganz unmöglich erschienen, den inneren Zwist durch das Wehrpflichtgesetz nun auch im Königreich England bis zur Siedehitze zu steigern. Ohne zu frohlocken, wollen wir die Entwicklung, die beide mit einander in Zusammenhang stehenden Fragen nehmen, aufmerksam verfolgen. Jede neue Schwierigkeit, die der englischen Regierung erwächst, ist uns natürlich willkommen. Aber auf den Fortgang des Krieges wird weder die irische Revolution noch das Schicksal des Wehrpflichtgesetzes einen entscheidenden Einfluß haben.

### Die Wehrpflichtkrise in England.

Rotterdam, 28. April. (B. I. S.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel über die zurückgezogene Militärdienstpflicht: Wenige Befehesvorlagen haben eine so kurze und schmachvolle Lebensdauer gehabt, und nie war eine Vorlage mit so unständlichem Zeremoniell und so viel Aufhebens angekündigt worden. Der Gegensatz zwischen dem Schicksal, das der Vorlage beschieden war und den Ereignissen, die dazu geführt haben wie die Kabinettskrise, die geheime Sitzung usw. wirkt geradezu lächerlich. Die getroffene Vereinbarung sei zu Wasser geworden, und man müsse mit der ganzen Sache wieder von vorn anfangen. — Auch die „Daily News“ glaubt, daß die Regierung und das Land sich der ernstesten Krise seit Beginn des Krieges gegenübersehen. Die konservative Presse gelangt zu dem Schlusse, daß der Regierung nun keine andere Wahl übrig bleibe, als sofort zur allgemeinen Dienstpflicht überzugehen. — Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ gibt zu, daß der erste Eindruck im Parlament der war, daß die Anhänger der allgemeinen Dienstpflicht einen Sieg errungen hätten. Nach einiger Zeit hätten sich aber andere Erwägungen geltend gemacht, vor allem, daß der Entwurf ein Kompromiß mit der Arbeiterpartei dargestellt habe.

Selbst nach der geheimen Sitzung hätten die Minister heimlich mit dieser Partei beraten. Die Arbeiterpartei habe bereits Vorträge getroffen zu einem großzügigen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die Armee, und die Partei würde vielleicht ungehalten sein, wenn vor dem 27. Mai, dem Datum, bis zu dem man sich ihr gegenüber verpflichtet habe, die Befehesvorlage, welche die allgemeine Dienstpflicht vorsieht, eingebracht würde. — Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ schlägt deshalb vor, daß die Regierung sich darauf beschränken solle, die Rekrutierungspropaganda der Arbeiterpartei während des folgenden Monats zu unterstützen und nur dann eine neue Vorlage einzubringen, wenn die Ergebnisse unbefriedigend seien. Was den Bedarf an Rekruten betreffe, so bestehe keine unmittelbare Krise, da sich eine große Armee im Lande befinde. Der Korrespondent des „Rotterdamse Courant“ hält es für wahrscheinlich, daß die Regierung diesen Weg einschlagen wird, weil das Versagen der getroffenen Vereinbarung zu neuer Uneinigkeit unter den Ministern führen würde, und die schmachvolle Zurückziehung der Vorlage dem Ansehen der Regierung weitere Abbruch getan habe.

### Verenkter Dampfer.

London, 28. April. (Neuermeldung.) Amtlich. Der britische Dampfer „Industry“, nach den Vereinigten Staaten unterwegs, wurde von einem feindlichen U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde in offenen Booten zurückgelassen und von dem amerikanischen Dampfer „Finland“ aufgenommen.

### Die Beratungen über Wilsons Note.

Berlin, 29. April. (Privat.) Nachdem der amerikanische Botschafter Gerard zum Kaiser gerufen ist, hat sich jetzt auch der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral von Capelle, in das Große Hauptquartier begeben, um an den Beratungen über die Abfassung unserer Antwort an die amerikanische Regierung teilzunehmen.

Zur Wilsonschen Note veröffentlicht Paul Brüdern, Professor der Rechte an der Universität Münster, in der „Kreuzzeitung“ beachtenswerte Darlegungen. Von dem wirtschaftlichen Gewinn ausgehend, den Amerika gerade dadurch erzielt, daß es sich nur als „neutraler“ Lieferant am Kriege beteiligt, kommt er zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Tritt Amerika in den Krieg gegen Deutschland ein, ist es mit der günstigen Weiterentwicklung der Zahlungsbilanz aus, Amerika muß seine Munition selber zahlen und muß große militärische Anstrengungen machen.“

Dies wird bestärkt durch die Erwägung, daß Amerika bisher noch nicht einmal das genügende Zutrauen zu England gehabt hat, um ihm eine ausreichende Kreditsanleihe zu gewähren. Bekanntlich sind die Banken mit einem großen Teile der englischen Anleihe sitzen geblieben, zu einer Zeit, als die Aussichten gut zu stehen schienen infolge des Abbruches unseres U-Bootkrieges. Ein Eintritt in den Krieg würde Amerika zu den Hilfsmitteln verpflichten, zu denen es imstande ist. Militärisch kommt Amerika so gut wie gar nicht in Betracht, denn es kann Japans wegen weder seine Flotte noch seine Landkräfte einsetzen, ja nicht einmal sie von Amerika entfernen. Blicke also nur Unterstützung mit Geld, Freiwilligen und Kriegslieferungen. Freiwillige werden schon heute geworben und können schon kommen, sie danken aber und ziehen die lohnende Arbeit in Amerika vor. Munition kann Amerika nicht mehr liefern, als es schon tut, bleibt also nur Geld. Aber gerade das Geld wird Amerika nicht geben, wenn es weiß, daß wir einen dichten U-Bootring um England legen und den Kampf auf das äußerste verschärfen. Amerika ist genau in der Lage, in der England sonst gegenüber Europa war. Es hat ein Interesse daran, daß die nächstmächtigen Staaten sich möglichst gründlich gegenseitig zerfleischen und wird England finanziell nicht mehr als früher unterstützen, im Gegenteil, es wird mit jeder Verschärfung unserer Kampfmittel zurückhaltender werden, denn mit jedem Dampfer, den wir abschleusen, wird der Kunde „fauler“.

Amerikas Interesse geht auf die Verlängerung, nicht auf Abkürzung des Krieges, noch weniger auf die eigene Teilnahme.“

Professor Krüdmann untersucht weiter, ob Wilson im Hinblick auf die kommenden Präsidentenwahlen ein persönliches Interesse an einem Eintreten Amerikas in den Krieg gegen Deutschland haben könnte, und gelangt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Wilson hat nur ein Interesse an einem gründlichen, offenkundigen Kotau Deutschlands. Diesen will er haben. Er vergreift sich aber in den Mitteln, in Ton und Formen und hierin liegt die Gefahr, denn er ist durch das ewige Zurückweichen Deutschlands derart in seinem Hochmut und seiner Annahme bestätigt worden, daß er leicht einmal gegen sein eigenes Interesse zwei Völker in den Krieg stürzen kann, die im Grunde alle beide von einem Kriege nichts wissen wollen. Hier und nur hier besteht die Gefahr.“

Ferner führt Professor Krüdmann aus, daß einerseits unsere Unterseebootswaffe uns die Möglichkeit bietet, England in eine unhaltbare Lage zu bringen, andererseits durch eine entsprechende Anwendung dieser Waffe die kleineren neutralen Staaten Europas nicht etwa von uns abgestoßen, sondern vielmehr näher an uns herangezogen werden müßten, da sie dann auf den Handelsverkehr mit Deutschland angewiesen sind.